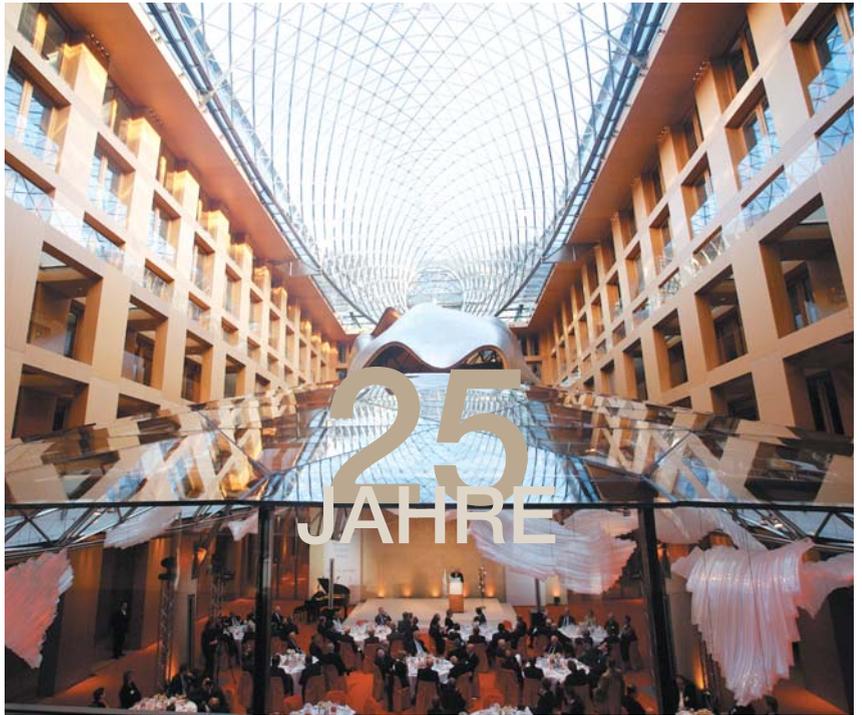


Marktwirtschaft.



Stiftung Marktwirtschaft Kronberger & Kreis Wolfram-Engels-Preis

- 02 Abtprimas Notker Wolf erhält den Wolfram-Engels-Preis
- 03 Berliner Festakt mit Laudatio von Bundestagspräsident Lammert
- 04 Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis Festakt zum 25-jährigen Jubiläum
- 05 Das „Lambsdorff-Papier“ gilt noch Prominentes Podiumsgespräch
- 06 Kronberger Kreis Neue Studie Finanzaufsicht Sanio zu Gast
- 07 Gesundheitstagung Gibt es ein Leben nach der Reform?
- 08 Generationenbilanz – Update 2007 Argument und Pressegespräch
- 09 Bürgergeldtagung Geniestreich oder Wahnsinn?
- 10 Publikationen Argument „Investitionen“ erschienen
- 11 Symposium zur steuerlichen Gewinnermittlung
- 12 In Kürze

Vor 25 Jahren trafen ein Wirtschaftsprofessor und ein Unternehmer in Kronberg zusammen und hatten die Idee, das Gedankengut der Sozialen Marktwirtschaft zu verbreiten. Statt an einer krisengeschüttelten Wirtschaftsentwicklung zu verzweifeln, die Schuld auf andere zu schieben und alles Heil beim Staat zu suchen, begannen sie mit einer Bestandsaufnahme, auf deren Grundlage sie Lösungskonzepte im Sinne von mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb, zugleich aber auch weniger Staat entwickelten. Der Professor war Wolfram Engels und der Unternehmer hieß Ludwig Eckes. Bald wurde aus den Treffen ein regelmäßiger Kreis und aus dem Verein eine Stiftung – heute sind dies der Kronberger Kreis und die Stiftung Marktwirtschaft. „Politiker verkaufen uns den Staat als Beglückungsanstalt, und wir kaufen ihnen das ab“, steht in einem Buch mit dem Untertitel „Ketzerische Gedanken zu Deutschland“. Notker Wolf, Abtprimas des Benediktinerordens, ist der Autor und fordert in seinem Buch mehr Freiheit und Eigenverantwortung. Die informedia-Stiftung und die Stiftung Marktwirtschaft haben ihn im Rahmen des Jubiläums mit dem Wolfram-Engels-Preis ausgezeichnet.

Abtprimas Notker Wolf

erhält den Wolfram-Engels-Preis 2007



Nach der Preisübergabe mit Urkunde: Preisträger Dr. Notker Wolf (Zweiter v.l.) mit Prof. Dr. Theo Siegart, Dr. Norbert Lämmert und Dr. Rainer Hildmann (v.l.n.r.)

Als fünfter Preisträger seit 1998 wurde in diesem Jahr Abtprimas Dr. Notker Wolf für seine Arbeit und sein konsequentes Werben für Freiheit und Eigenverantwortung der von der informedia-Stiftung initiierte Wolfram-Engels-Preis verliehen. Die Auszeichnung erfolgte im Rahmen eines Festaktes im Kreis von Freunden und Förderern der Stiftung Marktwirtschaft am 18. Juni 2007 im Frank O. Gehry-Bau der DZ Bank am Brandenburger Tor in Berlin. Der Wolfram-Engels-Preis zeichnet Persönlichkeiten aus, die mit ihren Arbeiten und Vorschlägen einen eigenständigen, in die Zukunft weisenden Beitrag zur Festigung und Weiterentwicklung einer freiheitlichen, auf Markt und Menschenwürde gestützten Gesellschaftsordnung leisten. Wolfram Engels hat in diesem Sinn vor 25 Jahren

den Kronberger Kreis ins Leben gerufen und das Frankfurter Institut als Vorläufer der Stiftung Marktwirtschaft mitbegründet.



In seinem im Jahr 2006 veröffentlichten und inzwischen bereits zum zwölften Mal aufgelegten Buch „Worauf warten wir?“ prangert Abtprimas Notker Wolf, das Oberhaupt der Benediktiner mit weltweit 25.000 Glaubensschwestern und -brüdern, die deutsche Neigung zu Sicherheit und Besitzstandswahrung an und fordert die Deutschen zu mehr Eigeninitiative und zugleich weniger Versorgungsstaat auf.

Pressestimmen

Frankfurter Allgemeine

„Der oberste Repräsentant der Benediktiner demonstriert sein Unternehmertum. Eigeninitiative predigt Wolf auch den Deutschen in seinem Buch „Worauf warten wir?“, für das er [...] den Wolfram-Engels-Preis der Stiftung Marktwirtschaft erhielt. Anpacken und Eigenverantwortung lauten seine Stichworte, mehr Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, anstatt nach dem Beistand der Politik zu verlangen. Mehr Mut, sich dem Wettbewerb zu stellen. Der Mensch und seine Moral stehen für den Abtprimas im Mittelpunkt, der Markt ist ihm nur Mittel zum Zweck.“

Abtprimas Dr. Notker Wolf im Gespräch mit Tobias Piller und Patrick Welter.
18. Juni 2007

BUNTE

Reich bebildert erschien unter dem Titel „Heilige Marktwirtschaft“ im Society-Teil die Schilderung der Feierlichkeiten: „250 Gäste stießen auf die Marktwirtschaft an.“ Neben Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms wurde Bundesforschungsminister a.D. Heinz Riesenhuber im Gespräch mit dem neuen Chefredakteur der Wirtschaftswoche, Roland Tichy, gezeigt. Friedrich Merz von der CDU ist nach der gemeinsamen Podiumsdiskussion im Gespräch mit Olaf Scholz zu sehen und Festredner Udo di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichts, zeigt sich gegenüber der Kamera von seiner humorvollen Seite – alles in allem „ein gelungenes Fest“, schreibt die BUNTE.

28. Juni 2007

Wolfram Engels

Der Ökonom und Publizist Wolfram Engels hat 1982 den Kronberger Kreis ins Leben gerufen und gemeinsam mit dem Unternehmer Ludwig Eckes das Frankfurter Institut als Vorläufer der Stiftung Marktwirtschaft begründet.



(1933 - 1995)

Als Professor für Bankbetriebslehre an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main hat er durch seine mehrfach ausgezeichneten wissenschaftlichen Arbeiten sowie durch seine Tätigkeit als Herausgeber und Verfasser sowie anregender und zugleich auch unbequemer Kommentator der WirtschaftsWoche eine anerkannte Stellung als Politikberater gewonnen.

Engels sah es als seine Aufgabe an, die Idee der Marktwirtschaft verständlich und überzeugend zu kommunizieren und Irrwege zu enttarnen. Zentrales Anliegen des Wirtschaftsprofessors war es, dass die Menschen in eigener Verantwortung ihr Leben gestalten können und nicht von einem übermächtigen Staat entmündigt werden.

Sein Vermächtnis ist dem Kronberger Kreis und der Stiftung Marktwirtschaft bis heute zugleich Ansporn und Verpflichtung in ihrer Arbeit.

Berliner Festakt

Laudatio von Bundestagspräsident Lammert

Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert hielt die Laudatio auf den Preisträger und zeigte in seiner Rede, wie intensiv er sich mit der Arbeit und Person Notker Wolfs auseinandergesetzt hat. Er stützte seine Laudatio überwiegend auf Be-



obachtungen des Preisträgers. Wolf selbst sei nach eigenen Worten vor dem Hintergrund seiner zahlreichen Auslandsaufenthalte und dem Sitz des Benediktinerordens in Rom „Einer mit Migrationshintergrund“ und Lammert erklärte weiter, der Abtprimas sei der höchste Repräsentant des ältesten Ordens der katholischen Kirche. Der Bundestagspräsident betonte, Wolf fordere dazu auf, zuerst sich selbst zu helfen, „bevor der Schrei nach dem Staat kommt“. Notker Wolf mutmaßte in seiner Erwiderung auf die Preisverleihung, dass es von einem Kirchenmann vielleicht neu sei, die Aufforderung zu hören: „Leute, Ihr müsst etwas tun!“ und „Helft Euch selbst!“ ganz im Sinne der alten Weisheit „Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott.“ Wolf fügte nachdenklich hinzu: „Das klingt asozial, wurde mir gesagt. ... Es ist und kann aber nicht asozial sein, wenn ich einen Menschen fordere und herausfordere. Und ich glaube, einen Menschen wirklich ernst zu nehmen in seiner Freiheit, bedeutet in der Tat, ihm die Freiheit zuzumuten.“ Und weiter sagte der Preisträger und gebürtige Bayer: „Es ist zehnmal einfacher, ein allgemein gestreutes Gesetz zu verkünden, das dann allen wohlgefällig ist, noch Glück und manches Geld verheißt, als sich mit den Leuten auseinanderzusetzen und zu sagen, das bekommst Du nicht – und zwar aus Verantwortung für Dich selbst.“ Notker Wolf übernimmt zweifellos geradlinig Verantwortung – und dafür ehren ihn die informedia-Stiftung und die Stiftung Marktwirtschaft mit dem Wolfram-Engels-Preis.



Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis

feiern ein Vierteljahrhundert „stetes Bohren dicker Bretter“



Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio sprach in seiner Festrede über „Freiheit und Gerechtigkeit“.



Der Sprecher Prof. Dr. Johann Eekhoff erläuterte das Selbstverständnis des Kronberger Kreises.

Zum Festakt des 25-jährigen Bestehens von Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis sprach einführend der Richter am Bundesverfassungsgericht, Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio. Er thematisierte die Frage nach Gerechtigkeit in der Auswahl zwischen einer Chancen- und einer Bedarfsgerechtigkeit. Die Reform der Grundsicherung wäre demnach „ein gut begründeter Versuch, wieder der Leistungsgerechtigkeit vor einer reinen Bedarfsgerechtigkeit den Vorrang zu verschaffen, weil der Weg in die Mitte der Gesellschaft und zu einem selbstbestimmten Leben über eigene Arbeit und nicht über Alimentation verläuft“. Unsere Gesellschaft, die sich als eine typisch europäische und kulturell westlich geprägte darstellt, basiert auf der Annahme individueller Freiheit: „Wer diese fundamentale Idee richtig versteht, hat den Schlüssel der Gerechtigkeit in der Hand,“ lautet das konsequent abgeleitete Fazit des Verfassungsrichters.

Die Ansprache von Prof. Dr. Johann Eekhoff, Sprecher des Kronberger Kreises, begann mit seinem ersten Kontakt zum Kronberger Kreis. Noch im Gründungsjahr 1982 hat der Unternehmer Ludwig Eckes, „Eckes Edelkirsch“ – wie sich der Spirituosenhersteller und Erfinder des berühmten Orangensaftes selbstironisch nannte – den Kontakt zu Wolfram Engels hergestellt. Eekhoff hatte die Arbeit des Kronberger Kreises aus den Ministerien verfolgt und kam zu dem Schluss: „Das war vom Feinsten, was man hier an Hilfestellungen bekam, da man sicher davon ausgehen konnte, dass es sich um fundierte und ausgewogene Arbeiten handelte.“ Auch heute besteht die Arbeit des Kronberger Kreises darin, politische Maßnahmen zu bewerten und der Politik eigene Vorschläge zu unterbreiten. „Die Gruppe, die damals angefangen hat, hat hohe Qualitätsstandards gesetzt“, und er versicherte den anwesenden Gästen, diese Bemühungen fortzusetzen.



Friedrich Merz trifft Prof. Dr. Dr. Wolfgang Franz.



Der Ehren Tisch des Kronberger Kreises bei der Jubiläumsfeier in Berlin.

Das „Lambsdorff-Papier“ von 1982 noch immer aktuell

Seit 25 Jahren Orientierung für die Politik

WirtschaftsWoche

Der stellvertretende Chefredakteur Michael Inacker greift in der WirtschaftsWoche das inhaltlich nach wie vor aktuelle „Lambsdorff-Papier“ aus dem Gründungsjahr von Kronberger Kreis und Stiftung Marktwirtschaft auf. So erinnerte Lambsdorff als Gastredner auf dem Festakt zum 25-jährigen Bestehen von Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis an die Reform- und Konsolidierungsaufgaben seines „Scheidungs-papiers“, das 1982 das Ende der sozialliberalen Koalition einläutete. Inacker zitiert den FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff mit dem Ausruf: „Sie glauben doch nicht, dass dort hinten vernünftige Entscheidungen getroffen werden,“ dabei zeigt der 80-Jährige von dem O. Gehry-Gebäude am Pariser Platz auf den gegenüberliegenden Reichstag. „Mit seiner marktwirtschaftlichen Rhetorik“, so Inacker, „weckt er gerade bei anwesenden CDU- und CSU-Politikern Sehnsüchte nach programmatischer Klarheit, die sie bei Union und großer Koalition vermissen.“

25. Juni 2007

Frankfurter Allgemeine

Heike Göbel bilanziert, dass die Deutschen zu ihrer Wettbewerbsordnung „ein gespaltenes Verhältnis“ haben. Die Errungenschaften des Marktes werden zwar gern angenommen, aber die Forderungen nach staatlichen Eingriffen zur Korrektur von Marktergebnissen ertönen zugleich immer lauter. „Damit gefährden sie ihre individuellen Freiheitsrechte“, zitiert Göbel den Bundesverfassungsrichter und Festredner Di Fabio auf der Jubiläumsfeier. „Die private Stiftung Marktwirtschaft und ihr wissenschaftlicher Beirat, der Kronberger Kreis, fördern seit nunmehr einem Vierteljahrhundert den „Mut zum Markt“,“ erklärt Heike Göbel in der FAZ, „indem sie über dessen Funktionsweise und Wirkungen aufklären und die Politik durch Reformkonzepte unterstützen.“

20. Juni 2007



Dr. Otto Graf Lambsdorff nach seiner Ansprache mit dem Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Prof. Dr. Michael Eilfort.

Der Chefredakteur der Welt am Sonntag, Christoph Keese, führte als Moderator in die Diskussionsrunde „Zwischen Ordnungspolitik und Gruppenegoismen – wohin steuert die Marktwirtschaft?“ ein, indem er das Originalpapier, das Dr. Graf Lambsdorff im September 1982 veröffentlicht hatte, in die Höhe hielt: „Wenn Sie diesen Text heute in einer Zeitung abdrucken würden und das Datum weglassen, dann würde es jeder für einen politischen Kommentar zur derzeitigen Lage halten. So aktuell ist das, was vor 25 Jahren geschrieben wurde.“ Seiner Meinung nach sind längst nicht alle Probleme, die damals von Graf Lambsdorff genannt worden sind, gelöst. Graf Lambsdorff hatte zuvor in einem auf-rüttelnden Grußwort als langjähriger Wegbegleiter der Stiftung die Arbeit des Kronberger Kreises und Wolfram Engels gewürdigt: Sie seien ihm häufig Orientierung gewesen: „Ich glaube, ich habe einfach den Kronberger Kreis kopiert, das war das Einfachste, weil es richtig war.“



Christoph Keese mit dem „Lambsdorff-Papier“ von 1982 in der Hand: Friedrich Merz (CDU), Olaf Scholz (SPD), Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Dr. Hermann Otto Solms von der FDP (v.li.n.re.).



Kronberger Kreis

Johann Eekhoff (Sprecher)
und Juergen B. Donges,
Wolfgang Franz und Clemens Fuest,
Wernhard Möschel
und Manfred J. M. Neumann
(von oben nach unten)

Neue Kronberger Kreis-Studie

Unternehmensmitbestimmung ohne Zwang

Seit ihrer Einführung Anfang der 1950er Jahre stellt die überbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer einen Streitpunkt dar. Dies gilt insbesondere für die Mitbestimmung in großen Kapitalgesellschaften, die im Mitbestimmungsgesetz von 1976 geregelt ist. Seit dieser Zeit haben sich die ökonomischen Rahmenbedingungen aber grundlegend verändert. So hat die Internationalisierung der Märkte zugenommen. Anpassungen an veränderte Bedingungen auf den Weltmärkten müssen zügiger ablaufen. Zudem machen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes es möglich, dass in einem alternativen Mitgliedstaat der EU ansässige Unternehmen ihren Sitz rechtsformwahrend nach Deutschland verlagern können und danach weiterhin der ausländischen Unternehmensmitbestimmung unterliegen. Die Europäische Aktiengesellschaft („Societas Europaea“, SE) eröffnet ebenfalls Wege aus der deutschen Mitbestimmung. Der gesetzliche Zwang zur Anwendung einer Unternehmensmitbestimmung sollte daher abgeschafft werden. Den Unternehmen sollte es anheim gestellt werden, ob und gegebenenfalls in welcher Form sie eine Mitbestimmung praktizieren wollen. Konkret überlässt es ein freiheitliches Modell der Unternehmensmitbestimmung den Anteilseignern eines Unternehmens, ob und in welcher Form sie eine überbetriebliche Arbeitnehmermitbestimmung anstreben. Sollte der Gesetzgeber sich nicht zur freiwilligen Mitbestimmung durchringen können, sollten die geltenden Regelungen zumindest gelockert werden. Deshalb könnte als zweitbeste Lösung ein Modell ins Blickfeld genommen werden, welches Art und Umfang einer Unternehmensmitbestimmung der freien und ergebnisoffenen Verhandlung zwischen Kapitaleignern und Arbeitnehmern überlässt. Scheitern die Verhandlungen, tritt das Drittelbeteiligungsgesetz als Auffanglösung in Kraft.

Unternehmensmitbestimmung ohne Zwang

Kronberger Kreis-Studie Nr. 47, Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Berlin 2007.

Braucht Deutschland eine bessere Finanzaufsicht?

„Prophetische“ Tagung zur „Finanzaufsicht im Wandel“ am 9. Mai 2007 in Berlin



Mit den Schief-lagen einiger vornehmlich öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute tritt auch in Deutschland die Frage nach einer wirksamen und transparenten Finanzaufsicht aktuell dramatisch auf die Agenda. Effektive Aufsichtsmechanismen stehen im Interesse von Bürgern und Anlegern gleichermaßen. Dennoch bedürfen Banken und Versicherungen eines hohen Grades an wirtschaftlicher Freiheit, um auf den internationalen Märkten mit angemessener Eigenkapitalrendite bestehen zu können. Im Zuge des zusammenwachsenden europäischen Wirtschaftsraumes befindet sich die Finanzaufsicht in

Deutschland in einem tiefgreifenden Wandel. Die Stiftung Marktwirtschaft und die Allianz SE haben diesen Prozess schon im Frühjahr zum Gegenstand einer Fachtagung gemacht. Hier machte BaFin-Präsident Jochen Sanio auf die Fortschritte bei der Konvergenz von europäischen Aufsichtsmechanismen aufmerksam und erläuterte den Ansatz einer „qualitativen Aufsicht“, die stärker individualisiert auf einzelne Marktakteure zugeschnitten wird. Allianz-Vorstand Dr. Helmut Perlet thematisierte die bestehende Komplexität divergierender Aufsichtsstandards in Europa und plädierte für ein einheitliches europäisches Aufsichtsgremium. Karel Lannoo, Centre for European Policy Studies Brüssel, trat hingegen für einen Wettbewerb der Regulierungssysteme ein. In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, welche große Bedeutung die Finanzaufsicht für die europäische Volkswirtschaft hat. Ihre Weiterentwicklung stellt eine Chance für mehr Anlegersicherheit und transparentere Rahmenbedingungen dar. Quod erat demonstrandum!

Gesundheit – gibt es ein Leben nach der Reform?

Die jüngste Reform „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ auf dem Prüfstand

Die jüngste Gesundheitsreform der Großen Koalition war inhaltlicher Anknüpfungspunkt einer Fachtagung der Stiftung Marktwirtschaft am 22. Mai 2007 in Berlin. Unter dem Titel „Gesundheit – gibt es ein Leben nach der Reform?“ bewerteten Experten die beschlossenen Änderungen im Gesundheitswesen und setzten sich kritisch mit dem nach wie vor bestehenden Handlungsbedarf auseinander. Insbesondere in den beiden Vorträgen von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft) und Prof. Dr. Johann Eekhoff (Sprecher des Kronberger Kreises) wurde deutlich, dass zentrale Herausforderungen nach wie vor ungelöst sind: Die Wissenschaftler bemängelten vor allem, dass es nicht gelungen sei, die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung von den Löhnen abzukoppeln, die fehlende Antwort im Gesundheitswesen auf die demographische Entwicklung sowie die wenig überzeugende und noch immer unzureichende Umsetzung des Wettbewerbsgedankens. Durch die Veranstaltung führte pointiert Michaela Hoffmann, Wirtschaftsredakteurin und Expertin für Gesundheitspolitik der WirtschaftsWoche.



Prof. Dr. Wolfram Richter (in der Mitte) hat die Idee des Gesundheitsfonds entwickelt.

Um einiges positiver beurteilte hingegen Prof. Dr. Wolfram Richter, Finanzwissenschaftler an der Universität Dortmund und „Erfinder“ des Gesundheitsfonds, die von der Großen Koalition beschlossene Reform. Insbesondere der Gesundheitsfonds müsse keineswegs zum bürokratischen Monstrum werden,



Die Gesundheitsreform auf dem Prüfstand: Ist sie den kommenden Herausforderungen gewachsen?



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen und Prof. Dr. Johann Eekhoff halten das neue Gesetz für wenig zukunftsorientiert.

sondern sei ein geeignetes Instrument, die Effizienz im Gesundheitssystem durch einen produktiveren Wettbewerb zwischen den Krankenkassen zu verbessern. Allerdings sah auch er Nachsteuerungsbedarf, etwa was die überflüssige Überforderungsklausel bei den Zusatzbeiträgen betrifft. Hinzu kämen politische Herausforderungen, z.B. die der Umsetzung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs, sowie die Missbrauchskontrolle zur Verhinderung neuer Wettbewerbshemmnisse.

Eine kontroverse Beurteilung erfuhr die jüngste Gesundheitsreform auch in der politischen Abschlussdiskussion zwischen Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU), Eike Hovermann (SPD), Daniel Bahr (FDP) und Birgitt Bender (Bündnis 90/Die Grünen). In allen Beiträgen schwang jedoch die Erkenntnis mit, dass dies nicht die letzte Gesundheitsreform gewesen ist.

Ein Tagungsbericht über die Veranstaltung folgt.

Update 2007 der Generationenbilanz

Nachhaltigkeitslücke verringert sich auf hohem Niveau

Bei vielen Bürgern und den meisten Politikern hat sich inzwischen herumgesprochen, dass die geringe Geburtenrate und die zunehmende Lebenserwartung der Menschen die öffentlichen Haushalte und vor allem auch die als Generationenverträge organisierten Sozialversicherungen – also die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung – in den nächsten Jahrzehnten vor große Herausforderungen stellen werden.

Über das Ausmaß der zu erwartenden Probleme und die Wirksamkeit alternativer Lösungsvorschläge bestehen gleichwohl häufig keine klaren Vorstellungen. Daher hat die Stiftung Marktwirtschaft erstmals im Jahr 2006 in Kooperation mit dem Forschungszentrum Generationenverträge an der Universität Freiburg eine Generationenbilanz für Deutschland veröffentlicht, die Aufschluss über das quantitative Ausmaß der fiskalischen Nachhaltigkeitslücke in unserem Land gibt: Die Generationenbilanz misst die explizite und implizite Verschuldung der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen.

Im Mai dieses Jahres wurde das Update 2007 des „Brandmelder Generationenbilanz“ in der Reihe *Argumente zu Marktwirtschaft und Politik* vorgestellt. Sowohl die zuletzt beschlossenen Reformmaßnahmen wie die „Rente mit 67“ und die Gesundheitsreform wurden darin berücksichtigt, als auch die neuesten statistischen Daten, etwa in Form der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes.

Im Vergleich zur im vergangenen Jahr erstellten Generationenbilanz hat sich die gesamtstaatliche Nachhaltigkeitslücke von 323,7 % auf 275,7 % des Bruttoinlandsprodukts verringert. Diese positive Entwicklung ist aber nur zum Teil Ergebnis der Reformpolitik der Großen Koalition, wie eine Betrachtung der einzelnen staatlichen Subsysteme zeigt (vgl. Tabelle). Lediglich die verringerte Nachhaltigkeitslücke in der Rentenversicherung kann sich die Politik als echten Erfolg auf ihre Fahnen schreiben. Berücksichtigt man den gesetzlichen Spielraum für Beitragssatzerhöhungen auf 22 % und würde man auf die teuren Ausnahmeregelungen für langjährig Versicherte bei der „Rente mit 67“ verzichten, dann halbiert sich die isolierte Nachhaltigkeitslücke der Rentenversicherung sogar auf nur noch 56,2 % des BIP.

In der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung gab es hingegen trotz der Gesundheitsreform keinerlei Fortschritte im Hinblick auf das finanzielle Nachhaltigkeitsziel. Ganz im Gegenteil: Die angestrebten Leistungsausweitungen in der Sozialen Pflegeversicherung, die in den Berechnungen noch gar nicht enthal-

ten sind, gehen unter Nachhaltigkeitsaspekten in die völlig falsche Richtung und werden dazu führen, dass sich das Ausmaß der impliziten Staatsverschuldung wieder erhöht.

| Nachhaltigkeitslücken der staatlichen Subsysteme | Basisjahr 2005 (in % des BIP) | Basisjahr 2004 (in % des BIP) |
|--|-------------------------------|-------------------------------|
| Gesetzliche Rentenversicherung | 119,2 | 134,4 |
| Gesetzliche Krankenversicherung | 89,2 | 76,9 |
| Soziale Pflegeversicherung | 35,7 | 31,6 |
| Pensionslasten | 24,8 | 31,7 |
| Sonstige staatl. Subsysteme | -57,7 | -14,1 |
| Explizite Staatsschuld | 64,5 | 63,2 |
| Summe Nachhaltigkeitslücke | 275,7 | 323,7 |

Den derzeitigen Aufschwung sollte die Politik daher dazu nutzen, das Stichwort „Generationengerechtigkeit“ nicht nur für Sonntagsreden aufzusparen. Neben weiteren Reformschritten in den Sozialversicherungszweigen gehört dazu auch ein strikter Konsolidierungskurs bei den expliziten Staatsschulden. Die anstehenden Haushaltsdebatten wären dafür eine erste gute Gelegenheit.

Pressestimmen

Frankfurter Allgemeine

„Während sich bei der Staatsschuld wenig tat,... sank die Lücke in der gesetzlichen Sozialversicherung von etwa 260 Prozent im Jahr 2004 auf rund 211 Prozent (in 2005),“ wird Prof. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft von Manfred Schäfers in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zitiert. „Die sogenannte implizite Verschuldung verminderte sich damit binnen eines Jahres um etwa eine Billion Euro.“ Da aber die Menschen älter werden, als zuvor unterstellt wurde, sind „höhere Belastungen der Sozialsysteme in Zukunft zu erwarten.“

Das Argument steht zum Herunterladen auf unserer Homepage.

Neuerscheinung

Bernd Raffelhüschen, Christian Hagist, Matthias Heidler und

Jörg Schoder:

Die Generationenbilanz – Brandmelder der Zukunft,

Update 2007: Demografie trifft Konjunktur,

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 100, Mai 2007.

Geniestreich oder Wahnsinn?

Tagung zum Bürgergeld im Reichstagsgebäude stieß auf große Resonanz

Die Frage „Geniestreich oder Wahnsinn?“ hat die Stiftung Marktwirtschaft als Untertitel für ihre Veranstaltung „Bürgergeld und Grundeinkommen“ gewählt, die am 24. April 2007 mit über 300 Teilnehmern in Berlin stattfand. Thema der Tagung war das in der jüngeren Vergangenheit von ganz unterschiedlicher Seite in die öffentliche Diskussion gebrachte bedingungslose Grundeinkommen. Dieses Modell würde einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik bedeuten. Denn anders als heute wären dabei staatliche Unterstützungsleistungen nicht mehr an die Bedürftigkeit der Transferempfänger gebunden. Jeder Mensch hätte stattdessen ein Anrecht auf ein identisches staatliche Grundeinkommen – mindestens in Höhe des Existenzminimums und unabhängig von seiner individuellen Situation. Im Gegenzug könnte ein Großteil der heutigen Sozialleistungen wegfallen.



Der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus bei der Diskussion seines Bürgergeld-Konzeptes.

Während der Unternehmer Prof. Götz Werner, einer der derzeit engagiertesten Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens, die erhofften Vorteile des Modells skizzierte, äußerten sich die beiden Ökonomen, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Siebert und Prof. Dr. Clemens Fuest äußerst skeptisch hinsichtlich der zu erwartenden Auswirkungen. Da das Grundeinkommen auch bei prinzipiell arbeitsfähigen Personen an kei-

nerlei Pflichten gebunden wäre, befürchteten sie u.a. massive negative Arbeitsanreize und sahen darüber hinaus die Finanzierung alles andere als gesichert. Diese höchst unterschiedlichen Einschätzungen setzten sich auch in der politischen Diskussionsrunde fort.



Prof. Dr. Dr. Horst Siebert kritisierte vehement die Idee eines bedingungslosen Bürgergeldes von Prof. Götz Werner.

Während sowohl der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) als auch Katja Kipping (Die Linke) für ein bedingungsloses staatliches Grundeinkommen eintraten, kritisierten Wolfgang Grotthaus (SPD) und der Generalsekretär der FDP, Dirk Niebel, diesen Ansatz. Dr. Thea Dückert (Bündnis 90/Die Grünen) wies auf den Konflikt zwischen Sozialabbau und Finanzierbarkeit hin. An Stelle eines Grundeinkommens nach dem „Gießkannenprinzip“ sprach sie sich für eine Konzentration der Mittel auf die wirklich Hilfebedürftigen aus, um eine möglichst große Wirkung zu erzielen.

Den Tagungsbericht finden Sie auf unserer Homepage.



Großes Interesse: Es kamen über 300 Teilnehmer und mehrere Fernsichtteams.

Aufschwung nutzen – Investitionen fokussieren

Argument Nr. 101 fragt: Deutschland – eine lohnende Investition?

In der Reihe Argumente zu Marktwirtschaft und Politik ist im Juli 2007 das Heft Nummer 101 „Deutschland – eine lohnende Investition? Bessere Bedingungen für Start-ups, Reits und etablierte Unternehmen“ – erschienen. Carl Dominik Klepper wirft hier einen kritischen Blick unter die glänzende Oberfläche des aktuellen Wirtschaftsaufschwunges und zeigt exemplarische Handlungsfelder zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Verstetigung des Wachstums auf.

Mit der Analyse der tatsächlichen Investitionstätigkeit in den letzten Monaten wird deutlich, dass die Lage der deutschen Wirtschaft besser scheint, als sie tatsächlich ist: Ihr Umfang bleibt deutlich hinter den Werten früherer Aufschwungphasen zurück. Abzüglich Abschreibungen ist ein Anwachsen der Nettoinvestitionen in Relation zum BIP (2006) um nur 3,3 % zu verzeichnen. In den 1990er Jahren zog dieser Indikator noch durchschnittlich um 7 % jährlich an.

Es ist zu folgern, dass Deutschland derzeit nur einen zyklischen Aufschwung in Abhängigkeit der Weltkonjunktur erlebt; leicht könnte er wieder erlahmen. Die relative Position im Vergleich zum Ausland hat sich nicht verbessert. Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland sind im direkten Vergleich zu den Aufschwungjahren 1999 oder 2002 schwach. Heimische Unternehmen investieren heutzutage verstärkt im Ausland.

Der Gesetzgeber sollte die Gunst der Stunde nutzen und den Boden für ein strukturelles und dauerhaftes Wachstum bereiten. Dazu sind investitionsfreundlichere Rahmenbedingungen notwendig. Der Autor nennt in der Schrift Bereiche, in denen Reformen konsequent fortgeführt oder angebahnt werden sollten. So sind die Bedingungen für Wagniskapital sowie für Start-ups verbesserungswürdig.

Die Bedeutung von innovativen Unternehmensgründungen für den stetigen Erneuerungsprozess der Volkswirtschaft spiegelt sich nicht in der öffentlichen Wahrnehmung. Zur Verbesserung des Gründungsklimas sowie für eine vermehrte Bereitstellung von Kapital und Know-How von Privaten sollten etwa die Verschärfungen von Verlustvortragsregeln in der Steuerreform 2008 überdacht werden. Unternehmensgründungen könnten zudem mit einer befristeten Befreiung von Regularien und Statistikpflichten unterstützt werden. Öffentliche Aufträge sollten bei gleicher Eignung bevorzugt an junge Firmen vergeben werden. Für die Belegung von Immobilien-

investitionen sollte um Wohnungsbestände kein Bogen gemacht werden. Das neue Kapitalmarktinstrument Reit (Real Estate Investment Trust), mit welchem derzeit nur Gewerbeimmobilien steuerbegünstigt an die Börse gebracht werden, kann auch Finanzmittel zur Wohnungsmodernisierung bereitstellen.

Die Abziehbarkeit von Zinsaufwand ist für Investitionen entscheidend. Die in der Steuerreform 2008 vorgesehene Abziehbarkeitsbeschränkung („Zinsschranke“) muss daher auf internationale Sachverhalte zur Missbrauchsbekämpfung begrenzt bleiben. Verlustvorträge bei Eigentümerwechsel und die weitgehende Steuerfreiheit bei Veräußerungsgewinnen von Kapitalgesellschaften sollten erhalten bleiben. Die komplizierte Thesaurierungsbegünstigung von Personenunternehmen führt zu ungleich höherer Besteuerung als bei Kapitalgesellschaften; ein neuer Reformanlauf ist notwendig.

Die Deutschen haben rekordverdächtig viel Freizeit und bringen vergleichsweise wenig Absolventen von Gymnasien und Hochschulen hervor. Die Anhebung der Wochenarbeitszeit für mehr Leistung und Wachstum darf jedoch kein Tabu bleiben. Mit einem attraktiveren Schulsystem sowie durch die Etablierung von Bildungsdienstleistungsmärkten ist dem enormen Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften Rechnung zu leisten.

Als Essenz der Schrift, die auf der Internetseite der Stiftung Marktwirtschaft erhältlich ist, kann gelten, dass Entscheider in Staat und Politik in der Verbesserung der Standortqualität ihren ersten Auftrag erkennen sollten. Wenn Bürgern und Marktakteuren eine größtmögliche Freiheit belassen und beste Rahmenbedingungen geboten werden, ist das Land auf dem Weg zu Wachstum, Wohlstand und sozialem Frieden. Dieser Pfad ist staatlichen Fürsorgeleistungen gegenüber stets zu bevorzugen.

Neuerscheinung

Carl Dominik Klepper:
Deutschland – eine lohnende Investition?
 Argumente zu *Marktwirtschaft und Politik*, Nr. 101,
 Juli 2007.

Steuerliches Gewinnermittlungsgesetz (StGEG)

Symposium zum Gesetzentwurf der Kommission „Steuergesetzbuch“

Im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2005 hat die neue Bundesregierung bereits die Reformarbeit an der steuerlichen Gewinnermittlung angekündigt: Im Rahmen einer „grundlegenden Unternehmensteuerreform“ soll ein „modernes und wettbewerbsfähiges Bilanzsteuerrecht“ geschaffen werden, das die Schaffung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage auf EU-Ebene ermöglicht.



Prof. Dr. Norbert Herzig leitet seit 2004 die Arbeitsgruppe „Steuerliche Gewinnermittlung“.

Zur Mitte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat die Stiftung Marktwirtschaft eine Blaupause für dieses ambitionierte Projekt geliefert: Im Deutschen Bundestag stellte die Kommission „Steuergesetzbuch“ am 7. Mai 2007 einen Entwurf für ein Steuerliches Gewinnermittlungsgesetz (StGEG) vor, das 48 Paragraphen mit Begründungen umfasst und in deutscher und englischer Sprache auf der Internetseite der Stiftung Marktwirtschaft abrufbar ist.

Während der Diskussion mit Abgeordneten und Fachleuten betonte Prof. Dr. Norbert Herzig, Leiter der Arbeitsgruppe Gewinnermittlung in der Kommission „Steuergesetzbuch“, den modernen Ansatz des StGEG. Als vollkommen eigenständiges Gesetz könne damit das Maßgeblichkeitsprinzip der Handels- für die Steuerbilanz überwunden und eine Europäisierung der Vorschriften erreicht werden. Dazu diene die Anlehnung des StGEG an die IFRS-Bilanzrichtlinien als Referenzpunkt. Insgesamt werden auf diese Weise die Ziele Klarheit und Prinzipienorientierung, Senkung der Anwendungskosten sowie Entscheidungsneutralität erreicht. Das StGEG eröffne eine historische Chance zur Vereinfachung ergänzte Fritz Esterer, Leiter der Steuerabteilung der Siemens AG. Als „multifunktionale Einzelbilanz mit IFRS-Orientierung“ könne das

StGEG die Handelsbilanz nach HGB, die Steuerbilanz und die IFRS-Bilanz zusammenführen. Es werde „bestmögliche Praktikabilität und Kosteneffizienz“ geboten. Ein gutes Zeugnis hinsichtlich der europäischen Perspektive stellt Matthias Mors, Generaldirektion Steuern und Zollunion der Europäischen Kommission, aus: Die voranschreitenden Arbeiten an einer gemeinsamen konsolidierten Steuerbemessungsgrundlage für die EU können vom StGEG der Kommission „Steuergesetzbuch“ inspiriert werden. Die Kompatibilität mit den über die Gewinnermittlung hinausgehenden Arbeiten sei gewährleistet.



Der Finanzminister aus Baden-Württemberg, Gerhard Stratthaus MdL, begleitet die Arbeit der Kommission.

Daran anknüpfend sahen Michael Wendt, Richter am Bundesfinanzhof, sowie Gerhard Stratthaus, Finanzminister Baden-Württemberg, beide Mitglieder der Kommission „Steuergesetzbuch“, den Ball nun im Spielfeld der deutschen Politik. Es biete sich jetzt die Gelegenheit, auf Basis des vorgestellten Regelungsvorschlages das herrschende Bilanzchaos zu überwinden und unternehmerisches Handeln in Deutschland und Europa zu erleichtern.

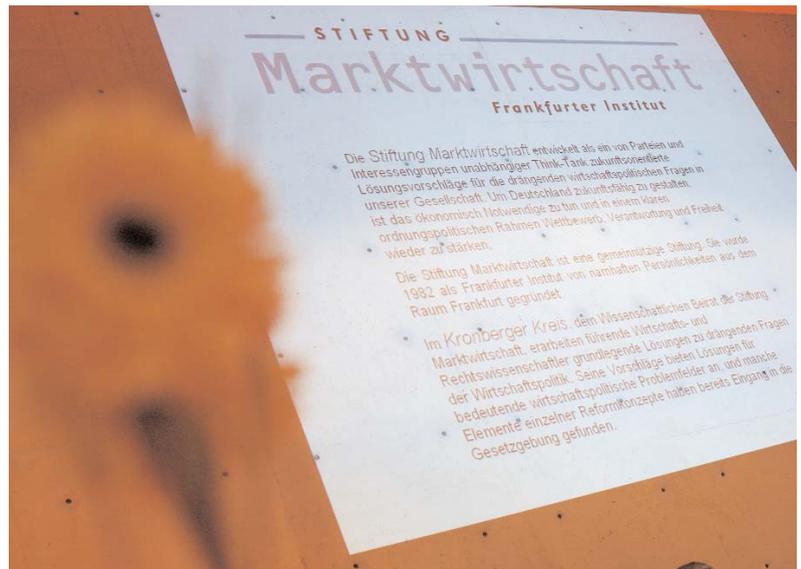


Sie wollen die steuerliche Gewinnermittlung reformieren: Prof. Dr. Michael Eilfort, Dr. Matthias Mors, Prof. Dr. Norbert Herzig, Richter Michael Wendt und Fritz Esterer.

Meldungen

In Kürze Informationen +
Nachtrag
 + Termine
 + international

in Kürze



Veranstaltungen

In einem **Pressegespräch am 13. September 2007** hat Prof. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, den Gesetzentwurf zur „Reform“ der Pflegeversicherung quantifiziert und als kontraproduktiv erklärt.

Am **18. September 2007** hatte die Stiftung Marktwirtschaft in Berlin zu einer Tagung zum Thema **Föderalismusreform II – Balanceakt zwischen Wettbewerb und Solidarität** eingeladen.

Am **10. Oktober 2007** veranstaltet die Stiftung Marktwirtschaft ein weiteres Mal in Brüssel eine Tagung zum EU-Haushalt im Europäischen Parlament. „**A New Financial Constitution for the EU**“ wird abermals mit internationaler Beteiligung und in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit stattfinden.

Neue Publikationen

Die neue Studie des Kronberger Kreises zur Mitbestimmung „**Unternehmensmitbestimmung ohne Zwang**“ ist erschienen.

Der Tagungsbericht zu unserer Veranstaltung „**Bürgergeld und Grundeinkommen**“ ist erschienen.

Sie können die Publikationen bei uns anfordern Tel.: 030 – 20 60 57 0 oder direkt von unserer Homepage herunterladen: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Arbeitsmarktpolitischer Aktionismus

„Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nicht so gut, wie sie auf den ersten Blick aussieht,“ so der Arbeitsmarktexperte Dr. Guido Raddatz der Stiftung Marktwirtschaft am 2. Mai 2007 im **Tagesspiegel**. Die gefeierten Rückgänge der Arbeitslosenzahlen lassen außer Acht, dass eine „stille Reserve“ arbeitsuchender, aber nicht registrierter Arbeitsloser unberücksichtigt bleibt. Auch diejenigen, die in einem Arbeitsprogramm – beispielsweise mit einem Euro in der Stunde vergütet – beschäftigt sind, werden nicht erfasst. Rechnet man die in der offiziellen Statistik ungezählten Reserven hinzu, gibt es rund zwei Millionen Arbeitslose mehr.

In der **Börsen-Zeitung** wird am 1. August dieses Jahres ebenfalls die regelmäßige arbeitsmarktpolitische Analyse der Stiftung mit ihrer Warnung vor arbeitsmarktpolitischem Aktionismus zitiert. „Evaluationen zeigten, dass etwa ABM-ähnliche Instrumente die Arbeitsmarktchancen der Geförderten eher verschlechterten und zugleich massive Mitnahmeeffekte drohten.“

